

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat bei Solarförderung

Unter Thomas Strobls Leitung beschließt der Vermittlungsausschuss das Parlamentsjahr erfolgreich

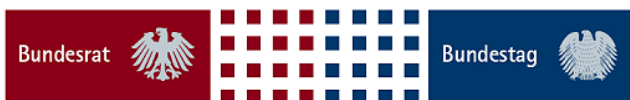
Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ist das Gremium, in dem Kompromisse herbeigeführt werden, wenn der Bundesrat einen Beschluss des Bundestags ablehnt. Bei vielen Gesetzen ist eine Zustimmung nicht nur der Volksvertretung (Bundestag) sondern auch der Ländervertretung (Bundesrat) notwendig. Derzeit ist es leider so, dass die CDU/FDP-Seite zwar die Mehrheit im Bundestag besitzt, Grün/Rot/Rot jedoch die Mehrheit im Bundesrat stellt, sodass parteipolitische Konflikte auf der Plattform der beiden Parlamentskammern ausgetragen werden. Mit Blick auf diese schwierige Verhandlungsbasis ist es als umso größerer Erfolg anzusehen, dass in der Sitzung des Vermittlungsausschusses am Mittwoch in drei von sechs Punkten Kompromisse gefunden wurden. Dies ist nicht zuletzt dem Vorsitzenden Thomas Strobl zu verdanken, der die Sitzung mit den Worten kommentierte: „Über Monate haben wir uns in zahlreichen informellen Arbeits-

gruppen zusammengetan, um Schritt für Schritt Lösungen zu finden. Dem nimmermüden Einsatz der Verhandlungsführer und der Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten ist es zu verdanken, dass die Sitzung heute recht zügig über die Bühne gebracht werden konnte.“



Die Zeiten unsicherer Rechtslage für Investoren sind vorbei (Bildnachweis: dapd).

Der Kompromiss im Streit um die Förderung von Solarstrom sieht vor, dass die vom Bundestag beschlossene Kürzung zwar wie ursprünglich vorgesehen zum 1. April in Kraft tritt, mittelgroße Dachanlagen mit 10 bis 40 Kilowatt Leistung sollen künftig jedoch etwas mehr Zuschüsse bekommen als vom Bundestag festgelegt, nämlich 18,5 Cent pro Kilowattstunde. Die Bundesregierung versprach außerdem, ein neues Darlehensprogramm bei der staatlichen KfW-Bank zu initiieren, über das Bürger zinsverbilligte Kredite bekommen können. Außerdem kündigte sie an, die Mittel für Forschung und Entwicklung substanziell zu erhöhen.



Der Vermittlungsausschuss ist die Schnittstelle zwischen Bundestag und Bundesrat (Bildnachweis: www.bundesrat.de).

Nach achtmonatigen Verhandlungen haben Bund und Länder außerdem eine Einigung zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid erreicht: Die neue, europaweit eingesetzte CCS-Technologie wird künftig für jährlich 1,3 Millionen Tonnen und insgesamt 4 Millionen Tonnen zugelassen. Mit der Förderung von Forschungsprojekten will die Bundesregierung die Spitzenstellung Deutschlands in der CCS-Forschung weiter ausbauen.

Desweiteren hat sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat darauf geeinigt, dass Güterichter in einer gerichtlichen Streitschlichtung alle Methoden der Konfliktbeilegung einschließlich der Mediation verwenden dürfen.

Die Einigungsvorschläge des Vermittlungsausschusses wurden am Donnerstag und Freitag von Bundestag und Bundesrat bestätigt, sodass dem Inkrafttreten der Gesetze nichts mehr im Wege steht.

Kein Durchbruch konnte leider im Streit um die steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierungen, den internationalen Gesundheitsschutz sowie den Abbau der kalten Progression erzielt werden. Hier blockieren die SPD- und Grüne-geführten Länder wichtige Vorhaben der Bundesregierung für die Energiewende und Steuersenkungen.

Warum SPD und Grüne Steuererleichterungen für Geringverdiener blockieren, ist nicht nachvollziehbar.

Betreuungsgeld

Nachdem die Bundestagsdebatten am Freitag der vergangenen Sitzungswoche aufgrund einer parlamentsfeindlichen Trickserei der Opposition frühzeitig beendet werden mussten, fand an diesem Donnerstagmorgen die Debatte zum Betreuungsgeld statt. Diese war die erste von drei ‚Lesungen‘ im Parlamentsplenum und leitete die Beratungen ein. Vor der nächsten Debatte im Plenarsaal wird der Vorschlag nun von den Experten der Fraktionen in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen beraten. In zahlreichen Sitzungen und Beratungen werden über den Sommer und im Herbst die vorliegenden Alternativvorschläge geprüft, um zu einer Einigung zu kommen, die nicht nur von der Mehrheit der Abgeordneten, sondern auch von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.



Über das Betreuungsgeld wird bisweilen zu ideologisch diskutiert (Bildnachweis: © dpa).

ESM

Die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause beschließt der Bundestag mit der wichtigsten Entscheidung und nutzt dafür den Freitag bis in die späten Abendstunden. In der Zeit von 17 bis 21 Uhr werden die Abgeordneten am heutigen Freitag noch einmal abschließend über den Europäischen Stabilitätsmechanismus debattieren und ihn dann aller Voraussicht nach verabschieden. Für die Einrichtung des dauerhaften europäischen Rettungsfonds benö-

tigt die Koalition auch die Stimmen der Opposition, weshalb im Vorfeld auf höchster politischer Ebene verhandelt wurde. Gleichzeitig mit dem Stabilitätsfonds wird ein Wachstumspaket verabschiedet werden und außerdem die Regelung bekräftigt, dass die Finanzhilfen an bedürftige Länder nur ausgeschüttet werden, wenn sich die Länder zu wirkungsvollen Sparmaßnahmen verpflichten.

Thomas Strobl sagte am Rande des Plenums: „Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sind die Voraussetzungen geschaffen, den Euro langfristig zu stabilisieren, unsere europäischen Nachbarländer durch die schwierigen Zeiten der Reformen und Konsolidierungsbemühungen hinweg zu unterstützen und so drohende Staatspleiten zu verhindern.“



Wir setzen die europäische Einigung, die uns 65 Jahre Frieden und Wohlstand brachte, nicht aufs Spiel (Bildnachweis: © dpa).

WEITERE THEMEN DER WOCHE

- Pflege-Neuausrichtungsgesetz
- Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus
- Finanz- und Steuerabkommen mit der Schweiz

KURZNACHRICHTEN

Drei Jahre christlich-liberale Koalition

Seit der Bundestagswahl 2009 sind nunmehr fast drei Jahre vergangen. Diese waren arbeitsreich und sind für Deutschland trotz Finanzkrise außerordentlich erfolgreich verlaufen. Auf einige Punkte können wir besonders stolz sein:

Die Stabilitätspolitik der christlich-liberalen Koalition hat sich bezahlt gemacht: Deutschland steht nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise deswegen so gut da, weil die Koalition ihren Stabilitätskurs durchgehalten hat. Die Wirtschaftsleistung ist mit einem Wert von knapp über 2,5 Billionen Euro so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte Deutschlands. Der Leistung der Koalition ist ebenfalls zu verdanken, dass das Land bereits ab 2014 beste Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt hat; und das bei gleichzeitigem Verzicht auf Steuererhöhungen. Das Beste ist aber, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt: So ist die Arbeitslosigkeit mit knapp drei Millionen auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Auch Löhne und Renten steigen wieder.



Bis zur Ernennung Peter Altmaiers zum Bundesumweltminister haben Volker Kauder (von links), Angela Merkel und Peter Altmaier gemeinsam erfolgreich die Bundestagsfraktion geführt (Bildnachweis: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fotograf: Ole Künkelfeld).

Auch die Energiewende kommt voran: Die Produktion von Wind- und Solarstrom lag Anfang 2012 um bis zu 40 Prozent höher als im Vorjahr. Nichtsdestotrotz müssen noch einige Windkraftanlagen, hocheffiziente Gaskraftwerke und vor allem Leitungen gebaut wer-

den, damit wir unser ehrgeiziges Ziel – der Verzicht auf Strom aus Kernkraftwerken bis zum Jahr 2022 – erreichen.

Damit wir weiterhin in Wohlstand leben können, muss der Wissens- und Innovationsvorsprung gegenüber anderen Ländern erhalten bleiben. Daher wird noch mehr in Bildung und Forschung investiert: allein bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro. Zudem schuf die Koalition durch den Hochschulpakt II 315.000 zusätzliche Studienplätze bis zum Jahr 2015.

Schließlich ist die Konsolidierung der Kommunalhaushalte durch die Koalition hervorzuheben. Die Koalition weiß, dass starke ländliche Räume auch starke Kommunen brauchen. Deswegen entlastet der Bund die Kommunen durch Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von zwölf Milliarden Euro bis 2014 und danach sogar in Gänze. Außerdem entwickelt die CDU/CSU-Fraktion eine Strategie zur Förderung ländlicher Räume. Leitend ist dabei der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

CDU Bad Wimpfen auf Abgeordnetenfahrt in Berlin

Aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums kamen in der letzten Juni-Woche die Mitgliederinnen und Mitglieder des CDU-Stadtverbands Bad Wimpfen nach Berlin. Sie sind teilweise seit über 25 Jahren für den Stadtverband im Einsatz und diese Reise nach Berlin soll auch ein Dankeschön für ihre ehrenamtlichen Leistungen sein. Im Rahmen ihres Berlin-Aufenthalts besuchte die Gruppe zahlreiche politische Institutionen, darunter das Bundeskanzleramt, sowie geschichtsträchtige Orte wie etwa die Gedenkstätte „Potsdamer Abkommen“ im Schloss Cecilienhof in Potsdam.

Auch ein Besuch des Deutschen Bundestages inklusive der Teilnahme an einer Plenardebatte waren Teil des Programms. Das geplante Gespräch mit dem Abgeordneten Thomas Strobl konnte aufgrund der Betreuungsgeld-Debatte im Bundestag, zu dem die Abgeordneten am Donnerstagmorgen anwesend

sein mussten, nicht stattfinden. Büroleiterin Antonia Ritter brachte den aufgeschlossenen Besuchern die Abläufe im Bundestag sowie die Arbeit Thomas Strobls in seinen verschiedenen Funktionen näher und beantwortete interessierte Fragen der Teilnehmer.

Abgerundet wurde der viertägige informative Besuch schließlich mit einem Besuch der Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom in Berlin sowie mit einem Mittagessen und einem Informationsgespräch in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin-Tiergarten.

GRUSS VON THOMAS STROBL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,



eigentlich verabschieden wir Abgeordneten uns nach dieser

Woche für eine Weile aus Berlin: in die sogenannte ‚Sommerpause‘. In dieser Zeit im Juli und August kommt die Gesetzgebungsmaschinerie ein wenig zur Ruhe. Vermutlich wird es aber einige Sondersitzungen des Bundestages geben.

Ich selbst werde jedenfalls im Rahmen einer ‚Sommertour‘ durchs ganze Ländle fahren und Betriebe, öffentliche Einrichtungen und Vereine besuchen, die mir im vergangenen Jahr durch spezielle Leistungen und ausgefallene Ideen aufgefallen sind. Auch im Wahlkreis wird man mich natürlich antreffen. Ich freue mich auf jede Begegnung und den Austausch mit Ihnen!

Mit besten Grüßen,

Thomas Strobl



Das Gruppenbild auf der Reichstagskuppel konnte am Ende doch noch zusammen mit Thomas Strobl gemacht werden (Foto: BPA).

v.i.S.d.P.:

Antonia Ritter

Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

Vorsitzender des Ersten Ausschusses

Vorsitzender des Vermittlungsausschusses

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe

Baden-Württemberg

Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/ 227 72542

Fax: 030/ 227 70123

Dieser Newsletter lässt sich jederzeit mit einer kurzen E-Mail an thomas.strobl@bundestag.de abbestellen.